

## Wir trauern um Anke Hartnagel



### Klarer Op- positions- auftrag

von Inka Damerau  
Die SPD befindet  
sich in einer kompli-  
zierten Situation. Nicht aufgeben,  
sondern „Jetzt gerade“



S. 4

### Hamburg- Wahl und Volksent- scheid

von Sönke Klages  
Die Hamburger  
Wahl hat ein auf den ersten Blick  
paradoxes Ergebnis erbracht



S. 7

### Neuer Juso Kreisvor- stand ge- wählt

Uwe Brinkmann  
im Amt bestätigt –  
Urs Tabbert neuer Stellvertreter



S. 8

### Veranstal- tungskalen- der der SPD Hamburg- Nord

Sitzungen, Feste und Ausflüge



S. 11

# Die SPD trauert um

**L**iebe Genossinnen und Genossen, am 17. April ist unserer Genossin Anke Hartnagel nach langer und schwerer Krankheit gestorben.

Seit mehreren Jahren hat Anke gegen diese Krankheit mit viel Mut, Lebensfreude und Tatkraft gekämpft. Bis in die letzten Wochen hinein hat sie ihre Aufgaben als Bundestagsabgeordnete wahrgenommen und das politische Gespräch mit den Genossinnen und Genossen gesucht. „Wer arbeitet, hat keine Zeit zum Grübeln“, sagte sie einmal. Diesem Motto folgend hat sie sich noch im Februar diesen Jahres im Bürgerschaftswahlkampf auf ihrem Neujahrsempfang vor gut 200 Menschen für Thomas Mirow stark gemacht.

Anke gehörte dem Kreis Nord seit ihrem Eintritt in die SPD 1966 an. Ihr Heimatdistrikt war Fuhlsbüttel. In den 1960er und 1970er war sie vor allem auf Distriktsebene aktiv. Dies in einer Zeit, in der es in der SPD nicht selbstverständlich war, dass Frauen sich engagierten. Anke traf sich mit anderen Genossinnen, u.a. Renate Bergemann, Ursel Preuhs, Renate Ehlers, Frauke Martin. Schon damals nahmen sie sich vor, den frauenspezifischen Zugang in die aktive Politik einzubringen und sich im politischen „Geschäft“ nicht verhärteten zu lassen.

Auch deshalb machte Anke sich immer für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark. Ihr Credo lautete: „Bei-

des muss gleichzeitig möglich sein – Kind und Karriere. Jede Frau muss sich für ihren persönlichen Weg entscheiden können.“ Anke – selber Mutter von zwei Söhnen – wusste genau, wovon sie sprach.

Nach einem 10jährigen Auslandsaufenthalt an der Elfenbeinküste, in Ecuador, Venezuela und Kolumbien lebte Anke seit 1987 wieder in Fuhlsbüttel. 1993 kandidierte sie erfolgreich für die Bürgerschaft. Ihr Arbeitsschwerpunkt war die Umweltpolitik. Der Umweltausschuss wählte sie 1997 zur Vorsitzenden.

Im Landesvorstand übernahm sie die Sprecherinnenfunktion für Umweltpolitik und Angelegenheiten des Flughafens Fuhlsbüttel. Ankes Herangehen an Politik war geprägt von großer Aufgeschlossenheit.

Selbst fest in ihren Überzeugungen gelang es ihr, scheinbar gegensätzliche Positionen zu integrieren. Vielen von uns ist ihre differenzierte Haltung in Erinnerung, die Entwicklung des Hamburger Flughafens zu ermöglichen und gleichzeitig die berechtigten Interessen und Bedürfnisse der Anliegerinnen und Anlieger aufzugreifen. Hier wird deutlich, wie gut es ihr gelang, komplizierte Sachverhalte zusammenzubringen und nicht etwa den Weg der einfachen Lösungen zu suchen.

1998 kandidierte Anke erstmals für den Deutschen Bundestag und errang mit einem bundesweiten Rekordergebnis nach 15 Jahren wieder ein Direktmandat für den Wahlkreis Hamburg Nord.

Als Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzte sie sich vor allem für die Überwindung des Nord-Süd-Gefälles und hier für die Einhaltung der Menschenrechte in Kolumbien ein. Im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit galt ihr besonderes Engagement der Förderung der erneuerbaren Energien, dem Lärmschutz und dem Schutz der Meere.

**A**nke Hartnagel war eine Fuhlsbüttlerin. Am 17. April 2004 ist unsere Genossin Anke Hartnagel verstorben. Diejenigen, die das Glück hatten, sie außerhalb der Hektik des politischen Alltags kennen zu lernen, fanden in ihr eine kluge und diskussionsfreudige Persönlichkeit.

Ende der 80er Jahre ist Anke nach einem längeren Auslandsaufenthalt wieder bei uns aktiv geworden. Schon bis Mitte der 70er Jahre hatte sie an der Partei und dem politischen Aufbruch ihrer Zeit regen Anteil genommen. An diese Zeit anknüpfend fand sie mit ihrer Lebendigkeit und ihrem Engagement schnell ihren Platz in unserem Distrikt.

Bald übernahm sie als stellvertretende Distriktvorsitzende, ab 1993 zusätzlich als Bürgerschaftsabgeordnete politische Verantwortung. Mit ihrer Orientierung auf Stadtteilthemen und auf die Anliegen der Menschen hat sie Vertrauen gewonnen in der SPD und weit darüber hinaus.

Mitte der 90er Jahre hat Anke die Beschlüsse des Kreises Hamburg-Nord zur Flughafenpolitik mitgestaltet und sich aktiv für eine Umsetzung der Ziele der

AGENDA 21 eingesetzt. Nach der Devise „Global denken – lokal handeln“ hat sie bei uns gemeinsam mit Bürgern konkrete Vorhaben geplant und umgesetzt, mit denen nachhaltiges Wirtschaften und ökologische Modernisierung unterstützt wurden.

Ihr Aufbruch in die Bundespolitik bedeutete ein Stück Abschied aus der Distriktsarbeit. Bis in die letzte Zeit hinein blieb sie aber stets erreichbar für unsere Anliegen und Wünsche und arbeitete an Projekten und Initiativen in ihrem Wahlkreis mit. Ihr erneuter Wahlerfolg im Jahr 2002 war auch ein Ausdruck des Vertrauens, das ihr die Menschen entgegenbrachten.

Anke war in ihren Überzeugungen zielgerichtet, aber nie dogmatisch. Sie hat für sich nicht mehr in Anspruch genommen, als sie von anderen bekommen hat. Vielleicht war gerade das der Grund, warum sie als Politikerin von den Menschen, die sie kannten, gemocht wurde. Anke hat bei uns viele Freunde hinterlassen, die sie vermissen.

*Gunnar Eisold, für die SPD in Fuhlsbüttel, Ohlsdorf und Klein Borstel* ■

# Anke Hartnagel

Ihr Mandat errang sie nach einem kämpferischen Wahlkampf bei der Bundestagswahl 2002 erneut.

Anke hatte immer einen engen Kontakt zu ihrem Wahlkreis. In der sitzungsfreien Zeit führte sie nicht nur Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern, sondern besuchte auch Institutionen wie: Polizei, Feuerwehr, Seniorentreffpunkte, Sportvereine und Selbsthilfegruppen, Einrichtungen für Behinderte und Jugendliche.

Es war ihre Fähigkeit zuzuhören und gleichzeitig differenziert ihre eigenen Positionen zu vertreten, mit der sie die Menschen für sich einnahm. Mit ihrer Gelassenheit und Integrationsfähigkeit konnte sie viele von unserer sozialdemokratischen Politik überzeugen.

Wir haben eine ebenso kluge wie herzliche Genossin verloren und eine engagierte und kämpferische Bundestagsabgeordnete.

Für uns im Kreis Hamburg Nord ist das ein harter Schlag. Viele hat der Tod von Anke auch persönlich getroffen. Wir haben sie geschätzt und gemocht. Für unsere weitere Arbeit wird sie uns immer ein Vorbild bleiben.

*Inka Damerau, Kreisvorsitzende* ■

Es fällt uns schwer, die richtigen Worte zu finden. Diejenigen, die Anke Hartnagel persönlich auf den unterschiedlichsten Feldern und Gelegenheiten bei der Arbeit für Hamburg und vor allem für Hamburg-Nord kennen gelernt haben, schätzen ihre klare und unprätentiöse Art, sich für andere und für eine bessere Welt einzusetzen.

Ihr Engagement für die konkreten Probleme in den Stadtteilen und ihr Verantwortungsbewusstsein für globale Herausforderungen waren vorbildhaft – sie hat dadurch Maßstäbe gesetzt.

*GAL Hamburg-Nord* ■

Meine Eltern haben mir die traurige Nachricht mitgeteilt. Ich weiss gar nicht, wie ich reagieren soll ...

Ich kannte sie ja auch nicht so gut, aber sie bedeutet doch sehr viel für mich und die Mitteilung hat mich sehr getroffen.

Frau Hartnagel hat mir diese einzigartige Möglichkeit gegeben, jetzt hier in Alaska sein zu dürfen. Das hat mich sehr stolz und glücklich gemacht. Diese Chance hat mein ganzes Leben beeinflusst, ich werde mich immer an sie erinnern.

Und was sich vielleicht ein wenig komisch anhört: Ich habe immer nicht besonders viel von Politikern gehalten, aber sie war echt sehr nett und „normal“, so gar nicht wie ich mir einen Politiker vorgestellt habe.

Sie hat mir gezeigt, dass ich falsch gedacht hatte und hat mich dazu gebracht, besser über unsere Regierung zu denken.

Ich hätte ihr gerne von meinem tollem Aufenthalt berichtet und ihr meine vielen Fotos gezeigt.

Danke, Laura Eggers.

*Laura Eggers ist im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms als Austauschschülerin in den USA und wurde von Anke Hartnagel betreut.* ■

Mit ihrer anerkannten Persönlichkeit und Autorität als Bundestagsabgeordnete hat sich Anke Hartnagel neben ihrer bundespolitischen Arbeit auch für die kommunalen Belange in ihrem Wahlkreis eingesetzt.

Ihr Engagement für Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, für eine umweltgerechte Verkehrspolitik und ökologische Stadtentwicklung hat die Arbeit der SPD-Fraktion nachhaltig gestärkt und wirkt in der Lebenswelt der Menschen in Hamburg-Nord fort.

Gerade in schwierigen Fragen der

Anke Hartnagel hat nie verheimlicht, dass sie an Krebs leidet, sich nie verkrochen. „Krankheit gehört zum Alltag, und Krankheit kann jeden treffen“, hat sie einmal zu mir gesagt. Ihr ging es auch um das Vorbild: Nichts verkörpern, was man nicht ist; die Schwäche, die Krankheit nicht verheimlichen. Auch oder gerade als Politikerin.

Diese Ehrlichkeit war typisch für Anke Hartnagel. Hinzu kam ihr Engagement. Bereits vor 30 Jahren als Sparkassen-Filialleiterin am Lentersweg engagierte sie sich für sozial Schwache. Hatte ein offenes Ohr für Schuldner und ihre Probleme.

Als Abgeordnete waren es die Umwelt- und Entwicklungspolitik, für die sich Anke Hartnagel einsetzte. Zehn Jahre hatte sie in Afrika und Lateinamerika gelebt, dort die Sorgen und Nöte der Menschen hautnah erlebt.

Anke Hartnagel war eine sehr pflichtbewusste Frau. Als es vor einigen Jahren um eine entscheidende Abstimmung im Deutschen Bundestag ging, sie war so krank, dass sie eigentlich nicht hätte hinfahren können: Da hat sie sich mit einem Krankenwagen zur Abstimmung fahren lassen. Typisch Anke Hartnagel.

Sie war eine aufrechte, engagierte und ehrliche Politikerin. Nicht immer bequem. Aber immer menschlich.

*Bernd Seguin, NDR 90,3* ■

Flughafenpolitik, zum Lärmschutz in Wohngebieten oder bei der Sicherung von Kleingärten war Anke Hartnagel für uns eine vertrauensvolle Ansprechpartnerin, eine kluge und solidarische Mitstreiterin.

Wir behalten Anke als eine politische Persönlichkeit in Erinnerung, die sozialdemokratische Kommunalpolitik in ihrem besten Sinne vertreten hat.

*Peter Tschentscher für die SPD-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord* ■

# Klarer Oppositionsauftrag und

Von Inka Damerau

Die SPD in Hamburg und auch bundesweit befindet sich in einer komplizierten Situation. Nicht aufzugeben, sondern zu sagen „Jetzt gerade“ haben viele Menschen deutlich gemacht, indem sie in die SPD eingetreten sind. Auf einem Neumitgliederabend im Kreis konnten wir die neuen Genossinnen und Genossen in unserer SPD begrüßen. Auch auf diesem Wege noch einmal an euch alle:

## Herzlich willkommen bei uns!

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen ist deutlich, der Auftrag der Wählerinnen und Wähler an uns ist klar: die Oppositionsarbeit. Um uns auf diese Situation einstellen zu können, lohnt noch mal ein Blick in die Auswertung:

Wir haben im Januar und Februar acht Wochen lang einen sehr motivierten, kämpferischen und themenorientierten Wahlkampf geführt. Im Endspurt des Wahlkampfes haben wir die Auseinandersetzung auf den Volksentscheid gegen den Verkauf der landeseigenen Krankenhäuser zugespitzt. Im Ergebnis führte dies unter anderem dazu, dass sich 76,8% derer, die am Volksentscheid teilnahmen, gegen einen Verkauf aussprachen.

## Den Menschen zuhören

Bereits im Herbst war es uns mit einer engagierten Kita-Kampagne gelungen, eine Entscheidung über einen Volksentscheid im Juni 2004 herbeizuführen.

Dort also, wo wir konkrete Interessen der Menschen mit einer Lösungsperspektive versehen konnten, haben wir große Zustimmung erfahren.

Dies ist wichtig zu erkennen, weil es erste Ansätze für unsere weitere Politik in der Opposition liefert und weil es deutlich macht, dass die Menschen nicht nur dem Trend der Individualisierung und Privatisierung aufsitzen, wie ihn die CDU in ihrem Politikangebot hat.

Diese an sich positive Ausgangspo-

sition spiegelt sich aber nicht im Wahlergebnis für uns wider:

Wir haben als SPD das schlechteste Wahlergebnis seit 1946 einstecken müssen. Mit 30,5% verloren wir 6% gegenüber den letzten Bürgerschaftswahlen. In Hamburg hat man uns die Lösung für die von uns angesprochenen Themen (Bildung, Kitas) nicht zugetraut („Warum habt ihr das nicht schon vor ein paar Jahren gemacht?“). Viele Menschen an den Infotischen haben uns deutlich gesagt, dass zwei Jahre in der Opposition aus ihrer Sicht nicht ausreichend sind.

Zudem hatten wir Probleme, unsere Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Viele sind zu Hause geblieben.

## Themen- versus Personenwahlkampf

Die CDU hat einen stark personalisierten Wahlkampf geführt und sich damit durchgesetzt, auch im engen ideologischen Schulterschluss mit den Medien in dieser Stadt. Die Auseinandersetzung über politische Themen fand nicht statt. Das Klima wurde dadurch einerseits entpolitisiert, andererseits aber auch mit Hoffnungen und Erwartungen gefüllt, die sich ganz auf den Bürgermeisterkandidaten konzentrierten.

Untermuert durch eine farblich ansprechend gestaltete Plakatierung hat dies dazu geführt, dass vor allem Schill-Wählerinnen und -wähler fast gänzlich zur CDU übergelaufen sind. Dies ist das Positive an diesem Wahlergebnis. Der Rechtspopulist Schill und seine beiden Parteien sind weg!

Allerdings ist es keiner Partei, auch nicht der CDU, gelungen, frustrierte Nichtwählerinnen und -wähler wieder an die Wahlurnen zu mobilisieren. Viele, die sich von uns abgewendet haben, wählen nicht automatisch CDU oder eine andere Partei.

## Immer noch rot-grüne Mehrheit im Bezirk Hamburg-Nord

Im Bezirk Nord haben wir 30,5% er-

reicht. Zusammen mit der GAL (17,9%) stellen wir damit die parlamentarische Mehrheit in der Bezirksversammlung. Inzwischen haben die rot-grünen Kooperationsverhandlungen mit der GAL begonnen. Die Aufgaben unserer gemeinsamen Oppositionsarbeit im Bezirk mit den Schwerpunkten soziale Stadtentwicklung, bürgernahe Dienstleistung der Kommunalverwaltung, Stärkung und Sicherung von Bürgerbeteiligung sollen in einem neuen Kooperationsvertrag verankert sein.

## Niederlage aufarbeiten

Den Ursachen dieser Niederlage ist sicher nicht allein mit einem „Neuanfang“ zu begegnen, sei es über Personen oder Inhalte. Wir werden uns die Mühe machen müssen, genauer hinzuschauen:

Die Ausrichtung unserer Oppositionsarbeit werden wir in den kommenden Wochen diskutieren.

Unsere eigene Politik auf Bundesebene, die Umsetzung der Agenda-Politik empfinden viele Menschen als unsozial. „Sozial und gerecht“, das ist aber der Maßstab, an dem sich sozialdemokratische Politik messen lassen muss. Da dies aus Sicht vieler Menschen nicht mehr erkennbar ist, wenden sie sich massenhaft ab.

Am 3. April haben in Berlin, Köln und Stuttgart 500.000 Menschen gegen Sozialabbau demonstriert. Die Kundgebung zum 1. Mai sollte ebenfalls zu einer großen Demonstration für soziale Gerechtigkeit werden.

Die Frage der sozialen Gerechtigkeit steht bei der Weiterentwicklung unserer gesellschaftlichen Strukturen im Mittelpunkt. Das ist die historische Aufgabe und die Identität der Sozialdemokratie in Deutschland.

## Themen besetzen

Dies ist die größere Dimension, die sich in dieser Wahlniederlage in Hamburg auch widerspiegelt. Es besteht somit die Anforderung an die Hamburger SPD, sich in der bundespoli-

# rot-grüne Mehrheiten im Bezirk

tischen Diskussion zu positionieren und in Hamburg deutlich aufzutreten gegen eine weitere Privatisierungspolitik. Dazu gehört auch, dass wir ein Leitbild für die soziale Großstadt beziehungsweise Metropole entwickeln, in dem deutlich wird, dass Wachstum einer Großstadt nur mit den Menschen gemeinsam und nicht gegen sie organisiert werden kann.

Die von uns im Wahlkampf gesetzten Themen (und andere) liegen auf dem Tisch:

- Schaffung von ausreichend Kindertagesplätzen. Mit unserer Kita-Kampagne haben wir die Voraussetzungen für die erfolgreichen Verhandlungen über ein Gesetz zur Schaffung von Kinder-

gartenplätzen mit der Regierungspartei CDU geschaffen.

Am 21. April 2004 hat die Bürgerschaft den Gesetzentwurf verabschiedet. Aufgabe und Verantwortung unserer SPD-Oppositionspolitik ist es nun, die Umsetzung des Gesetzes kritisch zu begleiten.

- Landesbetrieb Krankenhäuser: Hier dürfen wir nicht locker lassen. Das Ergebnis des Volksentscheides muss vom Senat umgesetzt werden.
- Soziale Großstadtentwicklung: Insbesondere im Bereich der Wohnungsbaupolitik müssen wir uns dafür einsetzen, dass der soziale Wohnungsbau

nicht gegen Eigentumsförderung für junge Familien ausgespielt wird, wie die CDU das in ihrem Regierungsprogramm versucht.

- Verkehrspolitik: Wir müssen deutlich machen, dass eine völlige Unterordnung von Verkehrspolitik unter Wirtschaftsinteressen nicht akzeptabel ist.

Nicht zuletzt bedeutet Oppositionspolitik, sich nicht nur mit den eigenen Ideen zu befassen, sondern verstärkt den Dialog und die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppen zu suchen. Erste Gelegenheit ist der Europawahlkampf in den kommenden Wochen. ■

## Rechtsanwälte **Scharf & Wolter**



in Hamburg-Barmbek:

**Elmar Böhm**

Strafrecht  
Ausländerrecht  
Arzthaftungsrecht  
(Tätigkeitsschwerpunkte)

**Dr. Alexander Scharf**

Arbeitsrecht  
Kündigungsschutzrecht  
Allg. Zivilrecht  
(Tätigkeitsschwerpunkte)  
**Beratung auch auf Russisch**

**Gernot Wolter**

Familienrecht  
Erbrecht  
Verkehrsrecht  
(Tätigkeitsschwerpunkte)

**Fuhlsbüttler Str. 118 (U/S Barmbek), Tel. 0 40/611 699 62**

in Hamburg-Bergedorf:

**Julia Sartor**

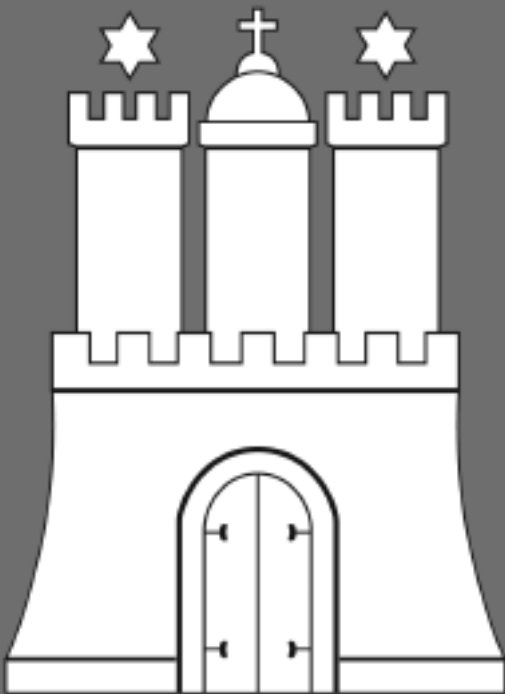
Familienrecht  
Erbrecht  
Verkehrsrecht  
(Interessenschwerpunkte)

**Jessica Wilkens**

Arbeitsrecht  
Mietrecht  
Allg. Zivilrecht  
(Interessenschwerpunkte)

**Weidenbaumsweg 7 (Bhf Bergedorf), Tel. 0 40/513 273 61**

[www.scharf-und-wolter.de](http://www.scharf-und-wolter.de)



# Die Bürgerschaftswahl am 29. Februar 2004 – es hat nicht gereicht!

Im Sommer des letzten Jahres geriet die Dreier-Koalition von CDU, FDP und SCHILL ins Trudeln. Schills fortwährende Skandale und die Nebeneinkünfte des Staatsrates Wellinghausen sowie der unfähige Bildungsminister Lange hielten das „Bündnis“ in den Schlagzeilen. Gleichzeitig waren die Kampagnen der Gewerkschaften und der SPD für den Landesbetrieb Krankenhäuser und das Kita-Volksbegehren im Herbst ein großer Erfolg.

Von Andrea Hilgers

Parallel debattierten wir auch über die Frage des Zeitpunktes der Benennung eines eigenen Spitzenkandidaten und haben uns nach intensiven Diskussionen in Distrikten und Kreisen Ende Oktober für Thomas Mirow entschieden. Im November wurde klar, dass die Koalition nicht mehr regierungsfähig ist. Anfang Dezember fiel die Neuwahl-Entscheidung. Wir waren zuversichtlich, die Chance der vorzeitigen Wahl nutzen zu können, und sind mit vereinten Kräften und engagiert in die Planung des „kurzen“ Wahlkampfes eingestiegen.

Die Umfragewerte für die SPD waren zu diesem Zeitpunkt, wenn auch nicht bezaubernd, so doch jedenfalls als gute Ausgangslage zu betrachten. Sie lagen etwa bei 36-37%. Zwar waren viele in Umfragen mit von Beust als Bürgermeister einverstanden, aber über zwei Drittel unzufrieden mit der Regierung und ihrer inhaltlichen Arbeit.

Die Hamburger Themenpalette für den Wahlkampf – Kitas, Schule, Krankenhäuser, Arbeitslosigkeit – lag offensichtlich auf der Hand.

Um die Neuwahlentscheidung herum liefen jedoch auch die Bundesverhandlungen zur Gesundheitsreform. Die schmerzlichen Effekte dieser Reform griffen dann ab dem 1. Januar 2004. Und alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer bekamen viele Fragen dazu gestellt.

Wir haben einen argumentativ angelegten und Hamburg-orientierten Wahl-

kampf geführt, mit Kompetenzteam und vielfältigen Veranstaltungen und Info-tischen.

Organisation und Beteiligung, das Engagement im Wahlkampf waren überdurchschnittlich. Thomas Mirow hat auf Podiumsveranstaltungen und in den Duellen gegenüber von Beust gepunktet und – so die Analysten sagen – insbesondere in den letzten zwei Wochen vor der Wahl Boden gut gemacht. Doch es hat nicht ge-

## Wo sind wir nicht gegen angekommen?

1. Die Entlassung Schills wurde von Beust höher angerechnet als das zweijährige Bündnis mit ihm. Die Personalisierung setzte ganz auf den präsidentialen Anstrich und den „Drachentötereffekt“. Hier wurde eine eher unpolitische Projektionsfläche ohne erkennbare thematische Schwerpunkte angeboten.
2. Enttäuschte SCHILL- und FDP-Wähler haben sich zur CDU orientiert (Staubsaugereffekt). Das Regierungschao wurde nicht der CDU, nicht von Beust in Rechnung gestellt, sondern nur den kleinen Regierungsparteien.
3. Sicher haben wir die richtigen Themen aufgegriffen – aber wir wurden (noch) nicht als diejenigen akzeptiert, denen man die Lösung zutraut. Wir haben „problematische“ Themen angesprochen. Viele waren nach 2003 von Problemen im Zusammenhang mit

Politik genervt und haben das vermeintlich „unpolitisch“ nett daher Kommende gewählt.

4. Auch wenn man inhaltlich anders votiert (siehe Volksentscheid zum Verkauf des LBK), will man der CDU mit Ole von Beust eine zweite Chance geben nach dem Motto: Zwei Jahre sind nicht genug.
5. Die bundespolitische Lage hat dazu geführt, dass wir Mobilisierungsschwierigkeiten hatten. Das kann man an den hohen Nichtwählerquoten ablesen, insbesondere in den Gebieten, wo unser Ergebnis eher besser ist.

## Was können wir tun?

Zunächst, ohne Zweifel: Wir haben viel Arbeit vor uns. Wir sollten die im Wahlkampf aufgegriffenen Hamburger Themen weiter verfolgen. Sie sind und bleiben für Hamburg zentral. Und nun steht von Beust mit der CDU in der alleinigen Verantwortung – verstecken geht nicht mehr.

Wir müssen viele Gespräche führen, unsere Argumente noch mehr in den Stadtteilen diskutieren. Vor Ort (noch mehr) präsent, erkennbar sein. Aus den Kampagnen und dem Wahlkampf haben wir Vieles (wieder) gelernt. Die Kreisdiskussion in Bezug auf bundespolitische Themen war gut, hat Alternativen aufgezeigt, und ist, wenn auch (leider) mit geringem Erfolg, auf Landesebene transportiert worden. Auch da gilt es nicht nachzulassen. ■

# Hamburg-Wahl und Volksentscheid: Was können wir daraus lernen?

Die Hamburger Wahl am 29. Februar hat ein bemerkenswertes, weil auf den ersten Blick paradoxes Ergebnis erbracht: Einerseits hat die CDU mit ihrem besten Ergebnis der Nachkriegsgeschichte (47,2%) es erstmals geschafft, eine absolute Mehrheit der Sitze zu erreichen und allein regieren zu können. Andererseits haben sich beim gleichzeitig stattgefundenen Volksentscheid über 75% der Menschen gegen den Verkauf der landeseigenen Krankenhäuser ausgesprochen und damit gegen ein Kernstück der neoliberalen Umbaupolitik der CDU: der Privatisierung und Kommerzialisierung der öffentlichen Dienstleistungen.

Von Sönke Klages

**W**ie ist dieses Ergebnis zu verstehen? Warum wählen die Menschen einerseits die CDU, während sie andererseits ein Kernelement ihrer Politik zurückweisen? Was lässt sich daraus für linke, sozialdemokratische Politik lernen?

Als erstes möchte ich folgende Verallgemeinerung wagen: Es gibt auch in der Bevölkerung „moderner“, handels- und dienstleistungsgeprägter Großstädte keine Meinungsmehrheiten für neoliberale Politik – jedenfalls dann nicht, wenn die Auseinandersetzung nicht auf der Ebene ideologischer, phrasenhafter Allgemeinplätze verbleibt, sondern an konkreten Streitfragen die Auswirkungen auf das Alltagsleben der Menschen aufgezeigt werden können. Dies hat ver.di als Initiator der Gegenkampagne hervorragend verstanden, denn so unmittelbar war es für viele Menschen gar nicht klar, warum eine Privatisierung mittelfristig eine Verschlechterung und Verteuerung der Gesundheitsversorgung bedeuten würde.

Und es gab schon vorher weitere Indizien für meine These, dass es keine Mehrheit für neoliberale Politik im Lande gibt: Die Volksinitiativen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung („Unser Wasser Hamburg“) und der beruflichen Schulen („Bildung ist keine Ware“) sind auf große Resonanz gestoßen. Vor allem aber: Unserer eigene Kampagne zum Ausbau öffentlicher (!) Kinderbetreuung gelang es im Herbst, das geforderte Quorum an Unterschriften für das Zustandekommen eines Volksentscheids (5% der Wahlberechtigten) fast um das Dreifache zu übertreffen! Und daß die CDU sich nun

auf eine Einigung mit der SPD eingelassen hat, die weitgehend unseren Forderungen entspricht, zeigt klar, wie sehr sie einen Erfolg unserer Initiative beim Volksentscheid gefürchtet hat. Aber auch im Wahlkampf wurde sehr deutlich, dass die SPD vor allem dort Zustimmung mobilisieren konnte, wo sie sich offensiv für den Erhalt und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen einsetzte: bei der Kinderbetreuung und der Schul- und Hochschulpolitik.

## Mehrheiten durch Solidarität

Um die These positiv zu formulieren: Es lassen sich offensichtlich breite Mehrheiten gewinnen für eine Politik, die eine moderne, urbane, individuell ausgeprägte, auch flexible und „leistungsorientierte“ Lebensweise eben nicht automatisch mit Entsolidarisierung verbindet, sondern im Gegenteil anspruchsvolle Daseinsvorsorge nach wie vor öffentlich organisiert und damit (mindestens potentiell) gemeinschaftlich und solidarisch. Modernes Lebensgefühl und (sozialstaatliche) Solidarität sind kein Widerspruch!

## Bundespolitischer Gegenwind

Doch warum wählten die (gleichen) Leute dann die CDU? Dafür lassen sich (mindestens) zwei Gründe nennen, die im Wahlkampf zutage traten: Zum einen wählten viele vor allem nicht SPD. Davon die meisten aus der bekannten Unzufriedenheit mit der Agenda-Politik der Bundesregierung: einerseits inhaltlich (Rente, Gesundheit usw.), andererseits wegen mangelnder Glaubwürdigkeit („Ihr brecht eure Wahlversprechen ja doch wieder“).

Vor allem aber, weil die Agenda-„Reformen“ eben gerade nicht für eine moderne solidarische Lebensweise stehen. Die dogmatische Fixiertheit auf die Senkung der Beitragssätze zur Sozialversicherung wird ja – neben dem Evergreen der „Lohnnebenkosten“ – damit begründet, dass den Menschen angeblich keine höheren Beiträge zuzumuten seien, dass man diese nicht „überfordern“ dürfe. Es wird also ein Schwinden solidarischer Einstellungen als gegeben unterstellt, dem dann (angeblich alternativlos) durch faktische materielle Entsolidarisierung Rechnung getragen werden müsse.

Doch, so meine These: die Hamburger Ergebnisse zeigen, dass diese Unterstellung (zumindest in ihrer Allgemeinheit) falsch ist. Könnte es sein, dass die Menschen trotz jahrelangem medialen Dauerdröhnens immer noch (oder schon wieder) ein Gespür und Bewusstsein dafür haben, dass Privatisierung und Entsolidarisierung ihnen auf lange Sicht und auch ganz konkret nicht nützen, sondern schaden werden? Dass ein gutes Leben zwar durchaus individualistisch, aber nicht vereinzelt sein muss, sondern auch ein gerechtes und kooperatives Zusammenleben umfasst? Wenn dies zutrifft, dann erklärt sich, warum die Menschen eine bundespolitisch zur Zeit überwiegend gegenteilig agierende SPD nicht wählen, obwohl – oder gerade weil – sie mit unseren Hamburger Positionen für den Erhalt und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen übereinstimmen.

## CDU kam positiv rüber

Die CDU hatte das – zum zweiten – offensichtlich verstanden: sie hat im

Wahlkampf jede inhaltlich-konkrete Auseinandersetzung um ihre Politik mit einer ausschließlich auf die Person Ole von Beust fixierten Kampagne zu verdrängen versucht. Dass sie damit so erfolgreich war, liegt aber meines Erachtens nicht nur an der handwerklich sehr professionellen Personalisierung – also dem, was man vorschnell als typische „Amerikanisierung“ zu brandmarken geneigt ist. Entscheidend war meines Erachtens auch die inhaltliche Ausgestaltung der Inszenierung: Es gelang von Beust, sich das Image eines seriösen, fairen, glaubwürdigen Politikers aufzubauen, vor allem durch seinen dramaturgisch und terminlich äußerst geschickten Bruch mit Ronald Schill und einer zunehmend unbeliebteren FDP.

Dieses Image war darauf angelegt, sich vom weitverbreiteten Negativbild unehrlicher, eigensüchtiger, arroganter, unernsthafter Politiker abzugrenzen. Es war insofern eine gelungene Reaktion auf typische Muster „politikverdrossener“ Einstellungen – ganz im Gegensatz zu zentralen Personen der Berliner Koalition. Dies mag auch erklären, warum es der CDU – und nicht der SPD – nach nur zwei Jahren gelang, das Protestpotential von 20% einstigen Schill-WählerInnen fast gänzlich bei sich einzubinden.

Manche Teile der SPD hingegen waren dumm genug, durch verzweifelt-aggressives Wadenbeißen gegen von Beust die ideale Kontrastfolie zu dieser „hansesatischen“ Imagebildung zu liefern. Hieraus ist zu lernen, dass Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit Eigenschaften sind, die offenbar auch in Zeiten kurzlebiger medialer Effekthascherei zählen. Die Menschen sind vielleicht doch demokratisch anspruchsvoller – und damit in gewisser Weise auch politischer –, als ihnen im zynisch-„professionellen“ Politikmarketing zumeist unterstellt wird.

### Eine Alternative zur Agenda

Was nun? Die Hamburger SPD steht vor dem Scheideweg. Mit dem bevorstehenden Rückzug von Olaf Scholz als Landesvorsitzendem hat sie einerseits die Chance, ihre zaghaft (wieder-) begonnene Profilbildung als solidarische und gerechtere Alternative zu verstetigen: Indem sie sich deutlicher vom fatalen Agenda-Kurs der Bundesregierung abgrenzt und ihren aktiven Widerstand gegen die

Zerschlagung der öffentlichen Infra- und Sozialstruktur in Hamburg fortsetzt. Unsere Chance liegt darin, dass mit der Zeit und unserer aktiven Mithilfe immer mehr Menschen erkennen, dass hinter dem netten Lächeln und den warmen Worten von Beusts eine ganz und gar unfreundliche und kalte Politik der sozialen Spaltung und Ausgrenzung steht – und dass sie mit uns eine Alternative haben, die moderne individuelle Lebensweise mit solidarischer Stadtgestaltung, sozialem Ausgleich und gleichermaßen hochwertigen wie bezahlbaren öffentlichen Dienstleistungen verbindet.

Diese Alternative konkret auszuarbeiten und auch gut „überzubringen“ – das ist unsere Aufgabe für die nächsten Jahre. Andererseits steht zu befürchten, dass manche von uns die Entscheidung für Michael Neumann als Fraktionsvorsitzenden für einen Kurs nutzen wollen, der inhaltliche „Erneuerung“ vor allem als Anpassung nach rechts versteht. Eine solche war (weniger faktisch als symbolisch) in den letzten zwei Jahren bereits auf den Feldern der Innenpolitik und in Teilen der Bildungspolitik vollzogen worden – ohne den geringsten Erfolg bei den im Wahlvolk ermittelten Kompetenzzuweisungen. Die SPD konnte in der Innenpolitik gar nicht, und in der Schulpolitik vor allem durch das Versprechen zusätzlicher LehrerInnen punkten. Für eine symbolisch auf „Härte“ und „Disziplin“ ausgerichtete Politik jedoch zogen die WählerInnen wie stets das rechte Original vor. Es liegt an uns, aus diesen Fehlern zu lernen.

### Willensbildung der Hamburger SPD positiv beeinflussen

Unterhalb der etablierten und weitgehend inhaltsentleerten Strukturen bildet sich in der Hamburger SPD zur Zeit ein neues linkes Basis-Forum heraus: die „Hamburger Linke“. Sie will zu einer Auseinandersetzung um den allgemeinen Kurs der Partei bündeln und weiterführen, auch in Kontakt mit „DL21“ auf Bundesebene. Zum zweiten will sie in die Willensbildung der Hamburger SPD konkret eingreifen mit dem oben genannten Ziel, der Formulierung einer modernen solidarischen Großstadtpolitik. Für enttäuschte GenossInnen bietet sie also eine praktische Alternative zum resignierenden Rückzug oder zur illusionären Heilssuche in einer neuen Partei. Als Ansprechperson steht der Autor gern zur Verfügung! ■

## Neuer Juso Kreisvorstand gewählt

Uwe Brinkmann im Amt bestätigt – Urs Tabbert neuer Stellvertreter

Die Kreisvollversammlung der Jusos Hamburg-Nord hat am 06. April einen neuen Juso-Kreisvorstand gewählt. Neuer und alter Juso-Kreisvorsitzender ist der 26-jährige Rechtsreferendar Uwe Brinkmann. Zu seinem Stellvertreter wurde der 33-jährige Jurist, Urs Tabbert, gewählt.

Die bisherige stellvertretende Kreisvorsitzende, Anna Tomaschek, kandidierte aus beruflichen Gründen nur für einen Beisitzerposten und wurde als eine von vier Frauen in den Vorstand gewählt. Björn Baumann, Sebnem Selduez, Manuel Mattiat, Sabrina Nilson, Thorsten Dörting und Gun Röttgers komplettieren das Vorstandsteam als Beisitzer. Der Vorstand wird auf einer Nachwahl voraussichtlich noch um einige Mitglieder ergänzt.

Arbeitsschwerpunkt des neuen Vorstandes wird es sein, die interne Kommunikation weiter zu verbessern und den anhaltenden programmatischen Diskurs der Partei konstruktiv zu begleiten.

„In den vergangenen Monaten konnten wir zahlreiche junge Menschen für die Partei neu gewinnen, daran werden wir weiter arbeiten und dem Bundestrend entgegen steuern“, zeigte sich Uwe Brinkmann zuversichtlich.

Insbesondere die europapolitische Veranstaltungsreihe sowie die direkte Diskussion mit den SPD Bürgerschafts-abgeordneten stieß auf großes Interesse. „Wir werden die kontinuierliche Arbeit des Vorstandes fortsetzen und hoffen, noch mehr Jugendliche für die Jusos begeistern zu können“, sagte Urs Tabbert. Insbesondere das Thema Globalisierung hat sich der neue Stellvertreter auf die Agenda geschrieben.

Den genauen Fahrplan wird der Juso Kreisvorstand auf seiner konstituierenden Sitzung im Mai festlegen. Alle Jusos im Kreis Nord sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen.

Für Fragen und Anregungen einfach anrufen: Uwe Brinkmann, 0163/300 4004. ■



## Stühlerücken in der Bezirksversammlung

Die neu gewählte Bezirksversammlung Hamburg Nord hat sich am 1. April konstituiert: Die SPD-Fraktion musste zwei Plätze an die GAL abgeben, während die CDU die Stühle von FDP und Schill zusätzlich besetzte.

**A**n den Mehrheitsverhältnissen – 22 „rot-grüne“ gegen 19 „bürgerliche“ Stimmen – hat sich nichts geändert.

Angesichts der letzten Umfragen vor der Wahl am 29. Februar hatten sich die CDU-Abgeordneten schon warm gemacht, den bei ihnen nur mäßig beliebten Bezirksamtsleiter abzuwählen. Trotz der absoluten Mehrheit in der Bürgerschaft gab es daher bei der CDU lange Gesichter, als am Wahlabend die Ergebnisse für Hamburg-Nord bekannt wurden.

Die 19 überwiegend neuen Bezirksabgeordneten der CDU müssen weiterhin mit einer rot-grünen Mehrheit im Bezirk Nord leben. Ihr Angebot für eine schwarz-grüne Zusammenarbeit hat die GAL dankend abgelehnt. Die Kooperationsgespräche von SPD und GAL beginnen noch im April. ■

## Jusos Bergedorf unterstützen Hamburgs Jugend-Projekt-Wettbewerb

Der Startschuss von thinkUp 2004 ist gefallen. Zum vierten Mal unterstützt das thinkUp-Team Hamburger Jugendliche bei der Umsetzung ihrer Ideen.

Von Lena Schmiegelow

**D**amit das Angebot für alle Hamburger Jugendlichen zugänglich wird, bekommen die thinkUpper Unterstützung von den Jusos Bergedorf. „In Randbezirken wie Fischbek, Wedel oder eben Bergedorf wurde von den vorherigen drei Teams kaum geworben, das wird in diesem Jahr anders“, so Teamleiter Christian Böse (26), der sich deshalb besonders über die Zusammenarbeit freut. „Es stimmt nicht, dass Jugendliche sich nicht engagieren wollen. Viele meiden allerdings Organisationen. Um Kreativität und Einsatzwillen trotzdem zu fördern, helfen wir gerne, thinkUp im Stadtteil bekannter zu machen“, erläutert Juso-Vorstandsmitglied Kai Rosseburg (22).

Neben dem Projekt-Wettbewerb, der noch bis Mitte Juni läuft, organisiert das

thinkUp-Team auch wieder seine begehrten Zusatzveranstaltungen, die AddUps. Der erste AddUp wird am Samstag, den 17. April 2004, von 10 bis 18 Uhr mit dem Kommunikationstrainer Lars Dietrich von der Staatspolitischen Gesellschaft stattfinden. 10 Teilnehmer haben während des achtstündigen Rhetorik- und Kommunikationsworkshops unter dem Motto „Sicher auftreten, gekonnt kommunizieren“ die Gelegenheit, ihre rhetorischen Fähigkeiten zu verbessern.

Außerdem sind ein Filmschnittseminar und ein Kurzfilmfestival, auf dem im Wettbewerb entwickelte Filme auf einer Kinoleinwand gezeigt werden, in Planung.

Projekte werden bis Ende Mai angenommen. Mehr Informationen für alle Interessierten gibt es unter [www.thinkUp.de](http://www.thinkUp.de) oder telefonisch: 040-280 848 43. ■



## Ansprechpartner der SPD Hamburg-Nord

### Kreisvorstand Hamburg-Nord 2002/2003

Vorsitzende	Inka Damerau	22175, Hohnerkamp 30a	64 20 25 32
Stellv. Vorsitzende u. Mitgliederbetreuung	Dr. Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26
Stellv. Vorsitzender	Holger Lange	21075, Am Tie 1	7 90 82 72
Schatzmeister	Ralph Bornhöft	22337, Am Hasenberge 44	51 32 04 80
Arbeitswelt	Peter Holldorf	22419, Foorthkamp 46	
Frauenfragen	Anja Domres	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	2 79 64 38
Organisation	Thomas Domres	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	2 79 64 38
Öffentlichkeitsarbeit (Presse)	Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20
Öffentlichkeitsarbeit (Nordwind)	Martin Gödde	20251, Eppendorfer Weg 269	4 60 32 75
Organisation II	Wiebke Gülcubuk	22415, Langenhorner Ch.122	5 31 94 06/01 77-3 32 33 99
Organisation III	Michael Hüttel	20251, Geschw.-Scholl-Str. 47	6 96 24 48
Jugend	Katharina Kiesslich	20251, Kegelhofstr. 77	41 40 65 50
Senioren	Otto Klauder	22299, Timmermannstr. 16	5 11 94 49
Kommunales	Hede Krüger	22417, Götkensweg 14	5 37 47 67
Öffentlichkeitsarbeit (Internet)	Uwe Voss	22359, Auf dem Rapsfeld 25A	2 70 85 33
Politische Bildung	Andreas Wolf	22145, Hellmesbergerweg 11a	2 70 16 95

### Distrikte

Langenhorn-Nord	Karen Medrow-Struß	22419, Solferinostr. 90	52 68 27 66
Langenhorn-Süd	Christian Carstensen	20251, Geschw.-Scholl-Str. 146	53 03 56 01
Fuhlsbüttel	Gunnar Eisold	22335, Maienweg 243	50 59 66
Groß Borstel	Barbara Nitruich	22453, Brödermannsweg 66	5 53 11 31
Eppendorf	Daniel Gritz	20251, Erikastr. 139	46 07 36 30
Winterhude-Nord	Jenspeter Rosenfeldt	22297, Wilhelm-Bock-Weg 25	5 11 39 61
Jarrestadt	Jan Quast	22359, Begel 4	2 79 49 09
Mühlenkamp	Jürgen Naujoks	22303, Peter-Marquard-Str. 11	2 780 73 13
Barmbek-Nord	Dirk Zieciak	22049, Lengerckestr. 48	69 79 74 21
Barmbek-Mitte	Kai Ermes	22299, Hudtwalckerstr. 27	20 97 08 76
Dulsberg	Marion Hanusch	22049, Olivaer Str. 1	6 90 65 66
Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde	Elmar Böhm	22083, Grovestr. 27	22 73 92 50

### Arbeitsgemeinschaften

AsF	Sylvia Schmudlach	22297, Wesselyring 53	51 52 02
JUSOS	Salim Rafat	20251, Kegelhofstr. 77	41 40 65 50
AfA	Norbert Heinrichs	22179, Haldesdorfer Str. 126	6 41 84 20/01 72-8 36 62 66
60 plus	Rolf Hohmann	22335, Alsterkrugchaussee 399	50 63 05

### Bürgerschaftsabgeordnete

Dr. Andrea Hilgers	22299, Bussestr. 7	5 14 20 26/4 28 31-13 35
Wilfried Buss	22397, Krempenhege 101 A	6 05 14 89/61 19 83 12
Werner Dobritz	22763, Friedensallee 98 A	39 71 71/27 07 02-0
Gesine Dräger	22119, Stoltenstr. 38	65 90 13 20/51 32 47 12
Jan Quast	22359, Begel 4	2 79 49 09/27 80 83 90
Jenspeter Rosenfeldt	22297, Wilhelm-Bock-Weg 25	5 11 39 61/51 32 47 14

### Bundestagsabgeordnete

Anke Hartnagel (†)	WK-Büro Hartnagel	22337, Am Hasenberge 44	50 04 83 00
--------------------	-------------------	-------------------------	-------------

### Europaabgeordnete

Christa Randzio-Plath	Europa-Büro	20097, Kurt-Schumacher-Allee 10	33 17 44
-----------------------	-------------	---------------------------------	----------

### Sonstige Ansprechpartner

Stellvertretende Vorsitzende der Bezirksversammlung	Heidemarie Hermann	22299, Lattenkamp 12	5 11 96 51
Vorsitzender der Bezirksfraktion	Dr. Peter Tschentscher	22307, Elligersweg 8	69 79 28 27
Bezirksamtsleiter	Mathias Frommann	22395, Immenhorstweg 96	4 28 04-22 34
Ortsamtsleiter Barmbek-Uhlenhorst	Hans-Werner Nebel	22083, Flachslund 23	4 28 04-50 20
Ortsamtsleiter Fuhlsbüttel	Günter Schwarz	21217, Seevetal, Dirkenhof 5c	4 28 04-40 00

# Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord

## Kreisvorstandssitzungen

Die nächste Kreisvorstandssitzung findet statt am Freitag, 14.05.2004, 19 Uhr.

Die Sitzungen ist wie immer offen für alle Mitglieder der SPD HH-Nord und findet in den Räumen der SPD, Am Hasenberge 44, statt.

## Berlinfahrten

Wir bieten auch in diesem Jahr wieder Tagesfahrten nach Berlin an. Im Kostenbeitrag von 25 Euro sind Busfahrt, gemeinsames Mittagessen und die Besichtigungen von Reichstag und Willy-Brandt-Haus enthalten.

Termine: 25. Mai, 07. September und 09. November 2004.

Infos und Voranmeldungen im Kreisbüro unter Telefon 460 30 42.

## Kreisdelegierten- versammlung

Die nächste Kreisdelegiertenversammlung wird am 04. Juni 2004 stattfinden in den Räumen der Landesorganisation Kurt-Schumacher-Allee 10, 1. Stock. Die in den Distrikten gewählten Delegierten wählen dann den neuen Kreisvorstand. Mitglieder sind als Gäste herzlich willkommen. Bitte Ort und genaue Zeit im Kreisbüro erfragen unter Telefon 460 30 42.

## DAS FEST

Das FEST auf dem Platz der Republik in Altona findet dieses Mal im Rahmen des Europawahlkampfes am 05. Juni 2004 statt.

Wie immer ist der Kreis Nord dort mit einem Stand vertreten. Über deinen Besuch dort freuen wir uns ebenso wie über eine Unterstützung bei der Standbetreuung an diesem Nachmittag.

Wenn Du Lust hast, uns zu unterstützen:  
Telefon 4 60 30 42

## „Nordwind meets Vorwärts“

Unter dem Motto „Nordwind meets Vorwärts“ wollen wir nach zwei anstrengenden Wahlkämpfen und dem Abschluss der Organisationswahlen vor Beginn der Sommerpause am 25. Juni einen Besuch beim „Vorwärts“ in Berlin machen.

Unser ehemaliger Landesgeschäftsführer Werner Loewe, inzwischen als Verlagsleiter beim „Vorwärts“ und nach wie vor Leser unseres „Nordwind“, wird sich für uns etwas Zeit nehmen und allerlei Interessantes und Wissenswertes berichten. Ein kurzer Besuch im Willy-Brandt-Haus ist ebenfalls geplant.

Interessierte melden sich bitte im Kreisbüro und erhalten dann genauere Informationen zum weiteren Programm! Die Kostenbeteiligung wird ca. 25 Euro betragen.

## Besuch der Hamburger Bürgerschaft

Der Bürgerschaftsabgeordnete Jenspeter Rosenfeldt bietet im Mai zwei Termine für einen Besuch in der Hamburger Bürgerschaft an.

Der Termin am Mittwoch, den 12.05.2004, ist reserviert für Juso-SchülerInnen und beginnt um 17 Uhr mit einem Einführungsgespräch. Anmeldungen nimmt das Büro Jenspeter Rosenfeldt unter 51 32-47 14 entgegen.

Der Termin am Mittwoch, den 26.05.2004, beginnt ebenfalls mit einem Einführungsgespräch, aber um 16 Uhr. Anmeldungen hierzu im Kreisbüro unter 4 60 30 42 oder im Büro Rosenfeldt unter 51 32-47 14.

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord kann im Internet unter [www.spd-hamburg/Nord](http://www.spd-hamburg/Nord) eingesehen werden – hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikte.

**Schwieger**  
**PageDesign**

www.schwieger-d.com

**Ihr Internet-Auftritt**

- Beratung
- Planung
- Ausführung
- Schulung

Turnierstieg 31  
22179 Hamburg  
040 -69 69 25 69  
info@schwieger-d.com



SPD Hamburg-Nord, 22337 Hamburg  
PVSt, DP AG, C 54203      Entgelt bezahlt

## Zur Mitglieder- entwicklung

Von Kerstin Völsch

**A**uch im Kreis Hamburg-Nord hat es in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Austritten gegeben.

Seit Beginn des Jahres waren es in Hamburg-Nord immerhin 67 Genossinnen und Genossen, die die Partei verlassen haben.

Häufig waren es Menschen, die seit langer Zeit dabei waren und mit der Partei gute und schlechte Zeiten erlebt haben. Um so trauriger ist es, dass viele sich nun mit der SPD nicht mehr identifizieren können, und es kann nicht wirklich beruhigen, dass es in unserem Kreisverband viel weniger Austritte gegeben hat als anderswo.

Immerhin aber – und das ist ein Licht-

blick – haben sich seit Januar 48 Menschen in Hamburg-Nord für den Eintritt in die SPD entschieden. Das sind mehr als im ganzen Jahr 2003!

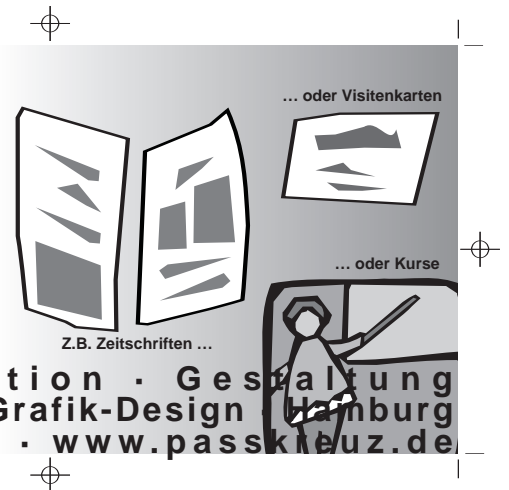
Viele kommen aus sozialdemokratischen Traditionen und sagen sich „Jetzt erst recht!“

### Alle „Neuen“ begrüßen wir herzlich!

Unsere Bitte: Mischt euch ein und macht mit – vor Ort im Distrikt, in den Arbeitsgemeinschaften, auf Kreis- und auch auf Landesebene! Zusammen können wir viel erreichen – und vielleicht können wir so auch den einen oder anderen wieder zurückgewinnen!

**Printmedien**  
**Websites**  
**Schulungen**

Idee · Konzeption · Gestaltung  
Th. Biedermann · Grafik-Design Hamburg  
01 71/1 04 87 89 · www.passkreuz.de



## Gratulationen

### Die Geburtstagskinder im März 2004 bis Juni 2004

(Aus Platzgründen führen wir hier nur die „runden“ Geburtstage ab 70 Jahren auf!)

- 70 Jahre: Jürgen Meyer (17.03.), Lothar Klemz (21.03.), Gerhard Riewoldt (11.04.), Elke Dethlefs (13.04.), Rolf Hohmann (27.04.), Edda Reimer (02.05.), Klaus Weber (31.05.), Ingeborg Steffen (01.06.)  
75 Jahre: Horst Schön (20.03.), Günter Meyer (25.03.), Heinz Beth (29.03.), Horst Wulf (17.04.), Erwin Friedeboldt (20.05.), Hans Bornhöft (22.05.), Helga Menth (04.06.), Ruth Wöbke (16.06.)  
80 Jahre: Günter Hiesener (22.04.), Christian Gneuss (29.04.), Gisela Henningsen (08.05.), Lieselotte Wellhausen (24.06.)  
85 Jahre: Hannelore Schmidt (03.03.), Carl Kahl (25.03.), Ursula Michaels (30.05.), Richard Nikolasch (21.06.)  
90 Jahre: Gertrud Ende (16.03.), Emmi Peters (02.04.), Emmy Wagemann (21.06.)  
95 Jahre: Gertrud Deemering (30.06.)

### Besondere Parteijubilare März bis Juni 2004 (ab 50 Jahre Parteizugehörigkeit):

50jähriges Parteijubiläum: Heinz Wittwer (April 1954), Ruth Cunis (Juni 1954)

Den Jubilaren danken wir für die langjährige Treue, die so manches auf und ab in der SPD überdauert hat – ohne Euch und Euer Vorbild wäre die Partei ärmer!

## Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

### Redaktionsschluß (Nordwind Nr. 15):

31. Mai 2004. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Anschlagsmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ Per Post: Fotos per Brief oder digitale Daten auf Diskette oder CD-ROM an die Redaktion schicken: Martin Gödde, Eppendorfer Landstr. 269, 20251 Hamburg

✉ Per Mail: martin-goedde@t-online.de michael.huettel@t-online.de

☎ Telefonisch: Martin Gödde, 0 40/4 60 32 75

### Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 460 30 42 Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de www.spd-hamburg.de/ Nord

**v.i.S.d.P.:** Inka Damerau

### Redaktion:

Dr. Martin Gödde, Michael Hüttel

**Gestaltung:** Thomas Biedermann, www.passkreuz.de

**Druck:** Hein&Co, Hamburg